

MAGAZIN

erwachsenenbildung.at



Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

www.erwachsenenbildung.at/magazin

Nr. 2, 2007

Lebenslanges Lernen in Österreich -
politische, organisatorische, finanzielle
und didaktische Anforderungen

Michael Tölle, AK Wien

Lebenslanges Lernen: eine
(kostenintensive?) Herausforderung
für moderne Gesellschaften

Lebenslanges Lernen: eine (kostenintensive?) Herausforderung für moderne Gesellschaften

von Michael Tölle, AK Wien

Michael Tölle (2007): Lebenslanges Lernen: eine (kostenintensive?) Herausforderung für moderne Gesellschaften. Online im Internet:

<http://www.erwachsenenbildung.at/magazin/meb07-2.pdf>. ISSN 1993-6818. Erscheinungsort: Wien. 11.890 Zeichen. Veröffentlicht Oktober 2007.

Schlagworte: Investitionen in Weiterbildung, Förderung der Erwachsenenbildung, Hauptschulabschluss, Berufsreifeprüfung, Finanzierung des Zweiten Bildungsweges, Steuerungsgremium für das LLL, LLL-Benchmark

Abstract

Die ambitionierten Ziele des Lissaboner „LLL-Gipfels“ werden wohl nicht mehr erreicht werden. Eine Annäherung kann unter Aufbietung einiger Anstrengungen aber noch gelingen. Für Österreich würde das bedeuten, dass die öffentliche Hand weitaus mehr als bisher in das LLL zu investieren hat. Gleichzeitig muss etwas für die Struktur getan werden: Ein koordinierendes, steuerndes Gremium sollte für Transparenz und Synergien sorgen. Von zentraler Bedeutung wird künftig auch die öffentliche Vollfinanzierung des Zweiten Bildungsweges sein. Und: Man darf sich nicht mit dem LLL-Benchmark der EU von 12,5% zufrieden geben. Österreich sollte bis 2012 die 20%-Marke zu erreichen suchen.

Lebenslanges Lernen: eine (kostenintensive?) Herausforderung für moderne Gesellschaften

von Michael Tölle, AK Wien

Der große „Knall“ erfolgte zur Jahrtausendwende auf dem historischen Gipfel von Lissabon: Die EU läutete das Zeitalter des Lebenslangen Lernens (LLL) ein. Man wollte mithalten können mit den großen Wirtschaftsblöcken USA und Asien. Demgemäß steht das LLL auch heute noch unter dem Blickwinkel von „competitiveness“ und „employability“.

Seither sind fast sieben Jahre vergangen und man weiß, dass die ambitionierten Zielsetzungen bis zum Jahr 2010 wohl nicht mehr erreicht werden. Eines aber ist gelungen: Das LLL ist ein großes Thema geworden – das gilt auch für Österreich. Nicht nur diverse ExpertInnen aus Wirtschaft und Bildung sind sich der Bedeutung des LLL bewusst, sondern auch die „Betroffenen“ selbst: So meinten 88% aller ArbeitnehmerInnen in einer Umfrage der Arbeiterkammer Wien aus dem Jahre 2005: *„[W]er sich nicht weiterbildet, hat kaum noch Chancen im Berufsleben“* (SORA 2005, S. 7). Die Weiterbildungsquoten liegen jedoch deutlich unter diesem Prozentsatz, bei Älteren und Niedrigqualifizierten sind sie kaum noch merkbar.

Die drei großen AkteurInnen im LLL – die Unternehmen, die Individuen und die öffentliche Hand – bemühen sich kontinuierlich um eine Standortbestimmung, die auch darauf abzielt, in Relation zu den jeweils anderen AutorInnen nicht zu viel zu investieren. Die Motive dafür sind vielfältig: Kostendruck, Budgetvorgaben und ArbeitnehmerInnen, die sich zunehmend zwischen Investitionen in Wohnraum, Pensionsvorsorge oder Weiterbildung entscheiden müssen. Die Beiträge der großen AkteurInnen „vernünftig“ auszubalancieren, wäre zweifelsfrei eine große Herausforderung, wird doch schon der Begriff „vernünftig“ in diesem Zusammenhang verschieden interpretiert.

Nach einer Studie im Auftrag der Arbeiterkammer Wien (siehe Lassnigg/Vogtenhuber/Steiner 2006) kann man eine Tatsache auf keinen Fall wegdiskutieren: Der Beitrag der öffentlichen Hand zur Weiterbildung ist zu niedrig. Während – Stand 2004 – die Unternehmen rund 900 Millionen Euro jährlich investieren (inklusive der Lohnausfallskosten) und die Individuen mit rund 800 Millionen Euro ziemlich dicht aufschließen (eingerechnet sind hier auch Opportunitätskosten im Sinne eines „entgangenen Einkommens“), belaufen sich die Aufwendungen der öffentlichen Hand für die Erwachsenenbildung auf knappe 300 Millionen Euro (den größten Anteil mit 166 Millionen Euro machen die Schulen für Berufstätige aus).

Um einen ausgewogenen Finanzierungsmix zu erreichen, was bedeuten würde, dass ein Drittel von den Unternehmen, ein Drittel von den Individuen, ein Drittel von der öffentlichen Hand getragen wird, müssten Bund (Unterrichtsministerium), Länder und Gemeinden 500 Millionen Euro zusätzlich investieren. Bei diesen Berechnungen wurde das Arbeitsmarktservice noch gar nicht berücksichtigt: Würde man dessen Ausgaben für die Qualifizierung von Arbeitslosen (2004: 600 Millionen Euro) auf der Habenseite der Unternehmen und ArbeitnehmerInnen verbuchen (aufgrund der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung), würde die Bilanz für die öffentliche Hand noch viel schlechter ausfallen.

Erfreulich ist, auch das sollte an dieser Stelle angemerkt werden, dass das Budget des Unterrichtsministeriums zur Förderung der Erwachsenenbildung für die Jahre 2007 und 2008 um 30% erhöht wurde. Das ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, allerdings bedeutet die 30%-Erhöhung in absoluten Ziffern nur runde vier Millionen Euro mehr.

Nichtsdestotrotz könnte damit Wichtiges getan werden, könnte eine obskure, in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommene Förderlücke im österreichischen Bildungssystem geschlossen werden: Man könnte endlich dafür sorgen, dass für das Nachholen des Hauptschulabschlusses keine Gebühren mehr eingehoben werden. Das bm:ukk fördert punktuell den Hauptschulabschluss Erwachsener (insbesondere seit dem Jahr 2000 mit Unterstützung des Europäischen Sozialfonds). Diese Förderung sollte der Nachfrage angemessen ausgebaut werden.

Die Arbeiterkammer geht von 180.000 Personen in Österreich aus, die über keinen positiven Hauptschulabschluss verfügen. Die Preisstruktur für die Vorbereitung auf die abzulegenden Externistenprüfungen bewegt sich zur Zeit von relativ günstigen 220,- Euro wie etwa an der Volkshochschule Götzis (Bund und Land stützen mittels Förderungen) über 566,- Euro bis 590,- Euro an den Volkshochschulen in Wien (der Bund erteilt Förderungen) bis hin zu Gebühren, die von keiner Seite gefördert werden und die schon einmal 1.980,- Euro ausmachen können wie am Berufsförderungsinstitut Tirol (der Anbieter stützt aus eigenen Mitteln, um diesen Preis zu halten), was für diese Einkommensgruppe ein immens hoher Betrag ist.

Wer vor der steilen Treppe der Bildungsabschlüsse steht, wird in Österreich beim Erklimmen der ersten Stufe oft allein gelassen. Das muss sich ändern.

Auch für die nächsten Stufen bis inklusive der Sekundarstufe II tritt die Arbeiterkammer für die Abschaffung der Teilnahmegebühren ein: Das betrifft das Nachholen eines

Lehrabschlusses sowie die Vorbereitung auf die Studienberechtigungs- (SBP) und die Berufsreifeprüfung (BRP).

Am 1. September 2007 feierte die BRP ihren zehnten Geburtstag. Die BRP war Idee und Konzept der Sozialpartner, gemeinsam mit dem Bildungsministerium gelang die Umsetzung, auf die man zu Recht stolz sein kann: Zum ersten Mal wurden im österreichischen Bildungssystem Berufsausbildung und -erfahrung in diesem Ausmaß anerkannt. Mit drei bis vier Teilprüfungen werden im Rahmen der BRP die Berechtigungen der Matura erworben, was ein großer Beitrag zur Durchlässigkeit ist. Dass dieses Instrument seinen Platz fand, wird durch die AbsolventInnen- und TeilnehmerInnenziffern klar belegt: 11.000 bzw. 10.000 (siehe öibf/ibw 2006). Und das trotz der Gebühren von durchschnittlich 3.000,- Euro! Nach Abzug der diversen Länderförderungen bleiben im Schnitt immer noch 1.800,- Euro, die der/die AbsolventIn selbst zu tragen hat. Welchen Beitrag könnte die BRP zur Anhebung der österreichischen MaturantInnen-Quote leisten, würde der Bund die Gebühren übernehmen!

Wird über Kosten gesprochen, sollte man konkret werden. Auf Grundlage der jetzigen Teilnehmeziffern würde es den Bund rund 25 Millionen Euro zusätzlich kosten, um Hauptschul-, Lehrabschluss, SBP und BRP auszufinanzieren. Rund 13.000 „Bildungsdurstige“: das sind all jene, die sich zur Zeit auf ein Nachholen dieser Abschlüsse vorbereiten, könnten so pro Jahr erreicht und unterstützt werden (eigene Berechnungen). 25 Millionen Euro sind im Vergleich zu den über 160 Millionen Euro, die der Bund für die Abendschulen für Berufstätige mit ihren 17.000 SchülerInnen ausgibt, nicht viel. Auch im internationalen Vergleich sind 25 Millionen Euro kein großer Betrag: Schweden wendet für die Förderung der Erwachsenenbildung exakt 2,042 Milliarden Euro an öffentlichen Mitteln auf (Stand 2005), das ist also siebenmal so viel wie in Österreich bei vergleichbarer Einwohnerzahl (Schweden zählt neun Millionen EinwohnerInnen).

Warum sich Österreich die Chance entgehen lässt, mit relativ bescheidenem Mitteleinsatz ein Weiterbildungssystem aufzubauen, das das Nachholen von formalen Abschlüssen der Sekundarstufe I und II ohne Gebühren erlauben würde, ist schwer zu erklären. Vielleicht liegt das an der historischen „Sowohl-als-auch-Zuständigkeit“ von Bund und Land: an der ungeklärten Aufteilung der Verantwortung, was die Bildung Erwachsener anbelangt, und an dem ausgeprägten ministerialen Schuldenken, das für die Erwachsenenbildung schon seit jeher zu wenig Kapazität übrig ließ.

Die Arbeiterkammer verlangt seit Mitte der 1990er-Jahre eine steuernde, koordinierende Instanz für das LLL (damals „Weiterbildungskuratorium“ genannt). Eine solche Instanz wäre für den Bereich der Weiterbildung von großer Wichtigkeit, denn dieser wirkt in Österreich – um ein Bild zu verwenden – wie ein verschachtelter Garten, in dem einander unbekannte

GärtnerInnen mit nur gelegentlich ausgetauschten, flüchtigen Blickkontakten die ihnen irgendwann einmal zugeteilten Quadratmeter mehr oder minder intensiv bepflanzen und bewässern. Wer von oben auf diesen Garten blickt, sieht fehlende Durchgänge und buchstäblich nur „Kraut und Rüben“.

Ob es zu einem Gremium dieser Art kommen wird, in dem die relevanten Ministerien, die Sozialpartner und andere „Stakeholder“ vertreten sind, ist zur Zeit völlig unklar, trotz der Empfehlung der vom damaligen Bildungsministerium eingesetzten „Kremser Strategie-arbeitsgruppe“. Sollte es nicht dazu kommen, würde sich erneut zeigen, dass sich Österreich international nicht viel abschauf.

Wie können moderne Gesellschaften ein „kohärentes System des LLL“ (so die Vorstellung der EU) aufbauen? – Die skandinavischen Staaten und Länder wie Großbritannien und Australien zeigen es vor. Österreich gibt sich anscheinend mit einer nur durchschnittlichen Platzierung im Wettlauf des LLL zufrieden. Der EU-Benchmark zum LLL (bis 2010 sollen sich zumindest 12,5% der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren innerhalb der letzten vier Wochen am LLL beteiligt haben – dazu zählen neben Kursen und Seminaren der beruflichen Weiterbildung allerdings auch Freizeit- und Hobbykurse wie Tennis und Tai Chi) wurde mit 13,9% zwar erreicht, aber der Abstand zu den führenden Ländern ist groß: Schweden (34,7%), Großbritannien (29,1%) und Dänemark (27,6%) liegen in der EU weit vorne. Unerreichbar weit vorne? – Vielleicht. Die Arbeiterkammer fordert in jedem Fall, dass Österreich bis 2012 die 20%-Marke erreicht.

Literaturverzeichnis

Verwendete Literatur

SORA (Institute for Social Research and Analysis) (2005): Bildung und Weiterbildung in Österreich. Studie im Auftrag der Arbeiterkammer Wien. Wien: SORA (unveröffentl.).

Weiterführende Literatur

Lassnigg, Lorenz/Vogtenhuber, Stefan/Steiner, Peter M. (2006): Weiterbildung in Österreich. Finanzierung, Beteiligung und Wirkungen. Studie im Auftrag der Arbeiterkammer Wien. IHS, Wien.

öibf/ibw (Österreichisches Institut für Berufsbildungsforschung/Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft) (2006): Die Berufsreifepfung. Höherqualifizierung für den beruflichen Aufstieg oder für den Umstieg? Studie im Auftrag des bm: bwk. Wien: öibf/ibw.



Foto: K. K.

Mag. Michael Tölle

Studium der Soziologie, Ethnologie und Betriebswirtschaft in Wien. Studienassistent an der WU Wien, Bildungsberater und Schulungsleiter am bfi Wien, seit 1994 Referent für Weiterbildungspolitik in der AK Wien. Schwerpunkte: Co-financing of LLL, Zweiter Bildungsweg, Lifelong Guidance.

E-Mail: [michael.toelle\(at\)akwien.at](mailto:michael.toelle(at)akwien.at)

Internet: <http://www.arbeiterkammer.at>

Telefon: +43 (0)1 501 65 - 3102

